

## Neudruck

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesverwaltung soll bei der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Ministerien und Behörden des Landes Brandenburg sollen sich daher innerhalb der laufenden Legislaturperiode einem „audit berufundfamilie“ unterziehen.

Wegen der Signalwirkung für alle Unternehmen im Land wird der Zertifizierungsprozess für das „audit berufundfamilie“ mit dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten eingeleitet.

### Begründung:

Das „audit berufundfamilie“ unterstützt Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber darin, familienbewusste Personalpolitik nachhaltig und wirkungsvoll umzusetzen. Das Verfahren wurde von der Gemeinnützigen Hertie - Stiftung bereits 1995 entwickelt. Bei einem „audit berufundfamilie“ werden nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebspezifische Entwicklungspotenzial aufgezeigt, Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet und weiterführende Zielvorgaben entwickelt. Auf der Basis eines umfassenden Katalogs praktischer Maßnahmen, gegliedert nach acht Handlungsfeldern: Arbeitszeit, -ort, -organisation, Informations- und Kommunikationspolitik, Service für Familien, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen sowie Service für Familien, werden der Ist-Zustand im auditierten Bereich erfasst und weiterführende Ziele und Maßnahmen entwickelt, die in einer verbindlichen Zielvereinbarung dokumentiert und in einem Zeitraum von drei Jahren nach der Auditierung umgesetzt werden. Die Schirmherrschaft für das „audit berufundfamilie“ haben das Bundesfamilien- sowie das Bundeswirtschaftsministerium übernommen.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie - heute Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie - hat bereits 2006 das Grundzertifikat „audit berufundfamilie“ erhalten und ist damit wegbereitend für Ministerien und Behörden im Land Brandenburg. Am 17.6.2009 wurde dem Ministerium nach dreijähriger Umsetzungsphase erneut das Zertifikat zum „audit berufundfamilie“ verliehen. Nach den positiven Ergebnissen dieses Prozesses ist es an der Zeit, dass sich im Rahmen der Fortführung familienpolitischer Maßnahmenpakete weitere Ministerien auditieren lassen. Im April 2009 hat das Land Brandenburg die Förderung des „audit berufundfamilie“ für kleine und mittlere Unternehmen in Brandenburg mit bis zu 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neu aufgelegt (Landesförderung bis Frühjahr 2011).

Dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten kommt durch seinen ständigen intensiven Kontakt mit der Privatwirtschaft eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion für die Brandenburger Unternehmen zu. Deshalb sollte sich das Ministerium nach dem Sozialministerium als nächstes der Zertifizierung unterziehen.

Angesichts des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels im Land Brandenburg, muss der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Besonders für junge Familien und qualifizierte junge Frauen bedarf es nachhaltiger Maßnahmen, um ein Leben und Arbeiten in Brandenburg attraktiv zu machen. Eine familienbewusste Personalpolitik ist ein Baustein dafür und auch wirtschaftlich für die Unternehmen ein Gewinn, wie bereits zahlreiche durchgeführte audits belegen. Eine auf die Bedürfnisse von Familien ausgerichtete Personalentwicklung erhöht die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Zufriedenheit und Motivation. Es führt zu gesteigerter Produktivität und Innovationskraft und verringert die Fehlzeiten. Auch für das Image und die Attraktivität eines Arbeitgebers bzw. einer Arbeitgeberin ist ein Audit ein Gewinn, nicht nur in der Wahrnehmung der Mitarbeiter/innen, sondern auch der Kundinnen und Kunden.

Die mit einem audit verbundenen Kosten und die im Auditverfahren gebundenen Personalressourcen rechnen sich langfristig und wandeln sich in einen Wettbewerbsvorteil, wie die Vorbilder der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz bestätigen.

Axel Vogel  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN